

pfälzischen CDU war, begriff er selbst nie. Dort hatte längst Helmut Kohl, robust und ruppig im Umgang mit christdemokratischen Honoratioren, alle Macht ergriffen.

Kohl, der bei Altmeiers Amtsantritt am 9. Juli 1947 noch Sekundaner war, zwei Jahre später aber schon seine erste Wahlrede hielt, war immer der Jüngste gewesen: mit 29 Jahren jüngster Parlamentarier im Landtag, mit 33 jüngster Fraktionschef der Bundesrepublik. Nun ist er mit 39 der jüngste deutsche Regierungschef.

Schnoddrig und hemdsärmelig im Umgang mit der Macht, formte er die 49köpfige CDU-Fraktion zu einer treuen Schar von Vollzugsparlamentariern. Und die Treuesten wurden nun auch mit Ämtern belohnt. Die Kohl-Köpfe verstehen sich als „Pool von Berufsspielern“ (so der neue Landespresseschef Hanns Schreiner), in dem „einer des anderen Schwächen ausgleicht“ (so der neue Staatskanzleichef Willibald Hilf). Es ist, so sagt Kohl, „ein Team, kein Ensemble von Stars“.

Schon seit 1966 sind die Kohlisten dabei, hinderliche Traditionen zu liquidieren. So durch eine Schulreform, die der Konfessionsschule im Lande die Vormachtstellung raubte, und durch eine Verwaltungsreform, der zwei Regierungsbezirke, elf Landkreise und einige hundert Gemeinden zum Opfer fielen.

Wann immer zuletzt im Wald- und Wiesenland alte Zöpfe abgeschnitten wurden — Kohl, seit 1966 CDU-Landesvorsitzender, führte die Schere: Im Wahlkampf schickte er die Partei-Kandidaten zum Klinkenputzen an die Haustüren statt in Versammlungen. Ministern, Abgeordneten und Bürgermeistern knöpfte er zehn Prozent ihrer Einkünfte für die Parteikasse ab, und letztes Jahr präsentierte der katholische Pfälzer dem Parteivolk einen Leistungskatalog für CDU-Kandidaten: Honoratioren werden nur dann noch als Mandatsträger geduldet, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen.

„Als erstes“, so beteuerte Kohl vor seinem Amtsantritt, „gehe ich mit dem ganzen Kabinett geschlossen in eine Vollversammlung der Mainzer Studenten.“

Ideen — ob gut oder schlecht — aus dem Kreis seiner Berufsspieler macht Kohl meist zu seinen eigenen. So beschloß der neue Regent kürzlich, den ausgedienten Bahnhof Rolandseck in eine Begegnungsstätte von Pop und Politik zu verwandeln (SPIEGEL 38/1968). Kohl bestärkte seinen Kultusminister Bernhard Vogel in dem Plan, die erste deutsche Stiftungs-Universität zu gründen. Und als der CDU-Landtagsabgeordnete Helmut Adamzyk unlängst „die Kleinschreibung von Hauptwörtern in unserem Bundesland Rheinland-Pfalz“ forderte, hatte Kohl („Warum denn nicht?“) nichts dagegen. Vogel freilich durchkreuzte das Vorhaben.

Das Endziel des neuen Landesherrn ist die Auflösung seines Landes: Rheinland-Pfalz, das Peter Altmeier sich auf den Leib geschneidert hatte, soll „spätestens gegen Ende der siebziger Jahre“ (Kohl) liquidiert werden.

Vereint mit der Saar, dem kleinen Nachbarn im Westen, und mit Hessen oder Baden-Württemberg im Osten soll die arme Provinz am Mittelrhein dann endlich lebensfähig sein.

Der erste Landeschef, darüber sind sich die Kohlisten einig, könne wohl Kohl heißen. Aber auch Bonn ist nicht weit.

ABGEORDNETE

REHS

Klinke geputzt

Die Heimat in Ostpreußen wurde ihm genommen, die in der SPD gab er freiwillig preis.

Reinhold Rehs, 67, Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), hatte sich noch vor vier Wochen verschworen: „Ich denke gar nicht daran, in die



Partei flüchtling Rehs
„Ich bin doch nicht so blöde“

CDU einzutreten. Ich sehe in der SPD noch immer meine politische Heimat.“

Am vorletzten Wochenende aber wechselte Rehs, der seit 1953 die SPD im Bundestag vertreten hatte, zu den Christdemokraten über, weil ihm sein Sitz im Bundestag wichtiger war als sein Recht auf Heimat.

Bei den Sozialdemokraten hatte Rehs weder einen sicheren Wahlkreis noch einen aussichtsreichen Listenplatz für die Bundestagswahl im Herbst erlangen können. Der Partei war der alternde Berufsflüchtling wegen seiner Rechtsaußen-Position seit langem unbehaglich gewesen.

Auf dem Nürnberger SPD-Parteitag im März letzten Jahres hatte der BdV-Präsident aus Protest den Saal verlassen, nachdem SPD-Chef Willy Brandt für die „Anerkennung beziehungsweise Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung“ eingetreten war.

Kurz darauf fand Rehs nichts dabei, eine Entschließung der BdV-Bunderversammlung zu billigen, die der SPD mit Konsequenzen bei den Wahlen drohte: Der Wähler müsse sich fragen, „ob er einer Partei seine Stimme geben kann, die gewaltsam geschaffene Unrechtstatbestände anerkennt und respektiert“.

Dann holte sich der Vertriebenen-Funktionär mit einer Sonntagsrede zum „Tag der Heimat“ sogar den offenen Beifall der NPD.

Im Oktober vergangenen Jahres bestritt Rehs den in den ehemals deutschen Ostgebieten geborenen Polen den Anspruch auf Heimatrecht und handelte sich damit eine öffentliche Rüge des SPD-Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt ein.

Die linken Parteifreunde in Schleswig-Holstein, dem Stammland des Vertriebenen-Chefs, wurden rebellisch. Noch 1965 hatten sie ihn auf den sicheren zweiten Platz ihrer Landesliste gesetzt. Jetzt sorgten sie, angeführt vom SPD-Landesvorsitzenden Joachim („Roter Jochen“) Steffen, dafür, daß Rehs nicht mehr auf die Landesliste kam und sogar seinen traditionellen Wahlkreis Rendsburg-Neumünster verlor. Es half nichts, daß Partei-Schatzmeister Alfred Nau brieflich „aus bestimmten Gründen“ empfahl, den Vertriebenen-Chef doch noch zu berücksichtigen.

Auch in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wurde Rehs eine Kandidatur trotz Interventionen der Bonner Parteizentrale verweigert. Die Jungsozialisten Schleswig-Holsteins und der Pfalz legten Rehs sogar nahe, aus der SPD auszutreten und sich von der CDU anheuern zu lassen.

Die Unions-Werber lagen schon lange auf der Lauer. Die CSU-nahe „Demokratisch-Konservative Korrespondenz“ berichtete, verschiedene CDU-Landesverbände hätten ihm angeboten, er möge auf ihren Landeslisten kandidieren. Rehs bestätigte: „Ich hätte von Kiel bis zum Bayrischen Wald einen Wahlkreis übernehmen können.“

Aber noch zierte sich der Vertriebenen-Boß. Nach einem Gespräch mit dem SPD-Vize Herbert Wehner hatte er neue Hoffnung geschöpft, seinen Parlamentssitz doch noch mit Hilfe der Sozialdemokraten retten zu können.

Rehs klagte dem Parteistrategen: „Herbert, ich kann mich doch nicht selbst um eine Kandidatur bemühen, ich kann doch nicht Klinken putzen.“ Wehner: „Nein, das kannst du auch nicht.“

Er versprach Rehs die Unterstützung der SPD-Spitze, und im Januar dieses Jahres schrieb Partei-Geschäftsführer Hans-Jürgen Wischniewski den BdV-Vizepräsidenten Hellmut Gossing und Rudolf Wollner: „Wir werden dafür sorgen, daß Herr Rehs in angemessener Weise bei der Vergabe der Listenplätze berücksichtigt wird.“

Heute räumt Wischniewski ein: „Das ist doch alles Unsinn. Unsere Bezirke sind bei der Listen-Aufstellung völlig

souverän. Wir können allenfalls gut zureden."

Im Vertrauen auf gutes Zureden mimte Rehs bis zuletzt den loyalen Genossen. Auf dem Godesberger Wahlkongreß der SPD am 16. April rühmte er sie als eine Partei, „deren ganze Geschichte ein Kampf gegen Unrecht und Ungerechtigkeit, für Menschlichkeit und Menschenrechte gewesen ist“.

Als sich aber dennoch keine Chancen für eine sichere Rehs-Kandidatur zeigten, stellte der BdV-Chef seinem Parteivorsitzenden Willy Brandt am Montag vorletzter Woche über einen Mittelsmann ein Ultimatum: „Ich habe Alarm geschlagen und denen gesagt, daß ich nicht länger warten kann.“ Tags darauf rief der Parlamentarische Staatssekretär in Brandts Auswärtigem Amt, Gerhard Jahn, bei Rehs an: „Reinhold, sprich doch mal selber mit Wischniewski.“ Rehs: „Dir zuliebe will ich es tun.“

Am Mittwoch meldete sich der Ostpreuße bei SPD-Geschäftsführer Wischniewski auf rheinisch: „Die Situation ist am Platzen. Wenn jetzt nichts geschieht, komme ich um Konsequenzen nicht herum.“ Wischniewski vertröstete den Drängenden: „Am Freitag sage ich dir dann telephonisch Bescheid.“ Indes, Rehs wartete vergeblich auf den Anruf, und am Freitagabend resignierte er: „Wenn man in der Partei keinen Platz mehr sieht, kann man nur noch rausgehen.“

Flugs beantragte er seine Aufnahme bei den Christdemokraten und trat am Dienstag letzter Woche der CDU-CSU-Bundestagsfraktion bei.

In seiner dritten Heimat führte sich Rehs mit einem Ergebnisbrief ein. Er pries die CDU als eine Partei, in der „die schwere unausweichliche Aufgabe erkannt ist und erfüllt wird, dem Gemeinwesen zu dienen und die Pflicht zur Selbsterhaltung von Nation und Staat auch im Blick auf eine unbekannt Zukunft wahrzunehmen“.

Schon am nächsten Tag hatte der flexible Flüchtling sein Ziel erreicht: Das CDU-Präsidium veranlaßte den bereits nominierten Kandidaten des CDU-sicheren niedersächsischen Wahlkreises Verden, Helmut Tietje, zum Verzicht und setzte Rehs an dessen Platz.

CDU-MdB Ernst Majonica rechnete sofort aus, wieviel Stimmen der Vertriebenen-Profi (BdV-Mitglieder: 2,5 Millionen) seiner Partei denn wohl einbringen werde: „Wir werden mindestens ein bis zwei Prozent mehr Stimmen bekommen.“ Und Parteisprecher Dr. med. Arthur Rathke diagnostizierte: „Rehs sorgt dafür, daß die Vertriebenen von der SPD nicht zur NPD abwandern. Auf jeden Fall wird er die Sozialdemokraten Stimmen kosten.“

CDU-Neuling Rehs, der noch vor kurzem seinen Abschied aus Bonn für seinen siebzigsten Geburtstag angekündigt hatte, sieht nun ganz andere Perspektiven: „Ich bin doch nicht so blöde, daß ich mich nicht zu den Mini-strahlen rechne.“

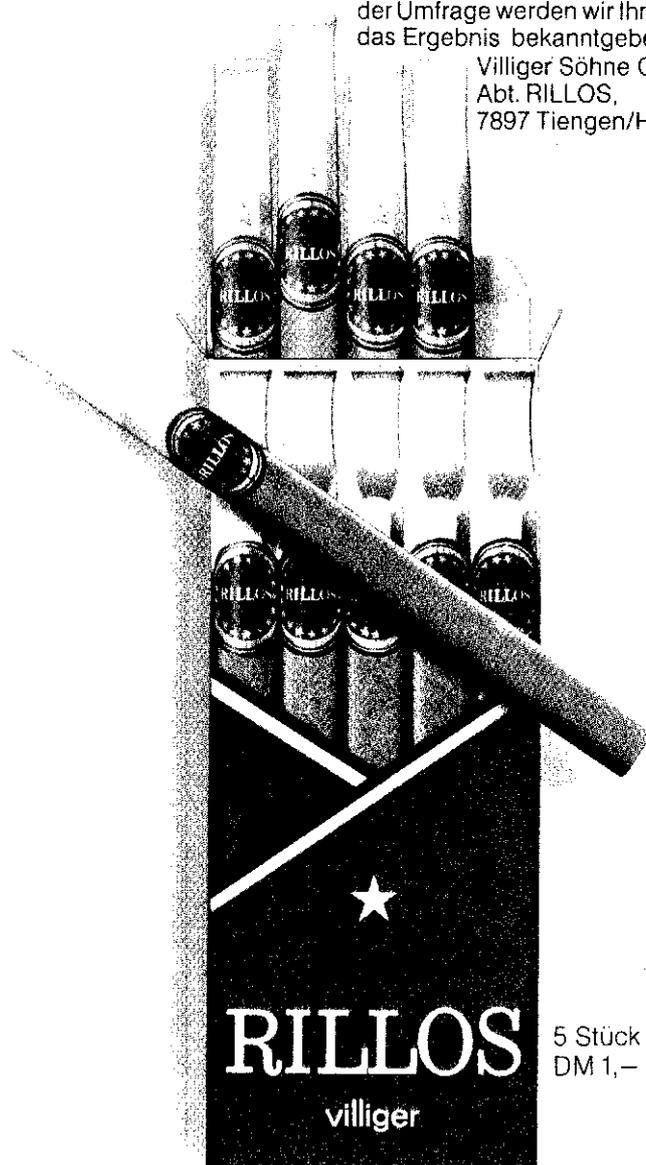
Was meinen Sie?



Sollte eine Dame...

...RILLOS rauchen? Viele Männer sind dagegen. Obwohl RILLOS ungewöhnlich leicht und elegant ist. Uns würde es sehr interessieren, dazu Ihre Meinung erfahren zu dürfen. Bitte schreiben Sie uns! Nach Abschluß der Umfrage werden wir Ihnen gerne das Ergebnis bekanntgeben.

Villiger Söhne GmbH,
Abt. RILLOS,
7897 Tiengen/Hochrhein.



5 Stück
DM 1,-

★ Deutschlands und Europas meistgerauchtes Mundstück-Cigarillo!